

Die israelischen Kommunisten nutzen vielfältige Formen der politischen Arbeit - die Tribüne des Parlaments, das Wirken in den zionistischen Gewerkschaften, die Tätigkeit in kommunalen Vertretungen, die Unterstützung von Friedensorganisationen und die Parteipresse. Unermüdlich verteidigen sie die Rechte und Interessen der israelischen Werktätigen. Sie setzen sich für die Erweiterung der sozialen Leistungen ein, fordern die Gleichberechtigung der Frau und decken gleichermaßen die Diskriminie-

rung der arabischen Einwohner Israels wie auch der aus asiatischen und afrikanischen Ländern stammenden Juden auf. Das vom XX. Parteitag der KPI 1985 verabschiedete Programm fordert auf ökonomischem und sozialem Gebiet unter anderem die drastische Kürzung der Militärausgaben, die Befreiung der Wirtschaft von der Abhängigkeit ausländischer Monopole, die Erhöhung der Reallöhne, die Sicherung der Vollbeschäftigung im Lande und die staatliche Preiskontrolle.

Landes gegen die Okkupation. Auch an der Organisierung mehrerer Generalstreiks der arabischen Bevölkerung Israels war sie maßgeblich beteiligt. Unter den neuen Bedingungen in der Region, zu deren markantesten Zeichen der palästinensische Volksaufstand, die Proklamierung des Palästina Staates auf der 19. PNC-Tagung in Algier und die Rede Y. Arafats vor der UNO zählen, finden die Kommunisten in breiteren Kreisen der israelischen Bevölkerung Gehör. Dennoch sind sich die Führer, Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der KPI der Tatsache bewußt, daß sie vor komplizierten Aufgaben stehen und daß in der Geschichte der Partei noch ein schwieriges Kapitel zu schreiben sein wird. Bei den letzten Parlamentswahlen im November 1988 konnten rechtsextremistische und konservativ-klerikale Parteien maßgeblichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Fortsetzung der großen Koalition des sozialreformistischen Maarach mit dem großbürgerlichen Likud bedeutet weiteren Sozialabbau für die Werktätigen und die Fortsetzung der Okkupationspolitik. Angesichts dieser Gefahren rief Meir Vilner die aus 16 Abgeordneten bestehende demokratische Opposition in der Knesset (CHADASCH, linke sozialdemokratisch-zionistische MAPAM, Bürgerrechtsbewegung RAZ, Zentrumspartei Schinui, Demokratische Arabische Partei und Progressive Liste für Frieden) zur Zusammenarbeit auf. Nur in einer breiten demokratischen Front, in der auch verständigungsbereite Teile anderer zionistischer Parteien mitwirken, wird es möglich sein, dem weiteren Erstarken der Rechtskräfte entgegenzuwirken. Diese Aufgabe erfordert von den israelischen Kommunisten große Anstrengungen und Opfer, ideologische Klarheit und taktische Klugheit. Die Sympathie und Unterstützung der kommunistischen Weltbewegung ist ihnen dabei gewiß.

Für internationale Nahost-Friedenskonferenz

Eine zentrale Frage ist die Haltung zu Krieg und Frieden. Neben der globalen Bedrohung der Menschheit ist es der Nahostkonflikt, der im Mittelpunkt der Diskussionen und Aktionen der Partei steht. Das ist nur zu verständlich, da die 41jährige Geschichte des Staates Israel durch permanenten Unfrieden und fünf große regionale Kriege geprägt wurde. Für die Mitglieder der KPI war es oft schwer, ihre Positionen, die im Gegensatz zu dem von den zionistischen Kräften getragenen nationalistischen Konsens standen, öffentlich darzulegen. Als einzige Partei wertete die KPI beispielsweise die Kriege von 1956 und 1967 als Aggressionskriege. Genosse Meir Vilner stimmte 1967 in der Knesset als einziger mutig gegen die Juniaggression - eine Tat, die mit dem „Nein“ Karl Liebknechts zu den Kriegskrediten im deutschen Reichstag verglichen wurde. Auch während der Libanonaggression 1982 haben die israelischen Kommunisten als erste den ungerechten Charakter des Krieges entlarvt, Massenaktionen gegen die Aggression und die Massaker organisiert und die israelische Bevölkerung für die Antikriegsbewegung mobilisiert. In Israel existiert heute eine vielgestaltige Bewegung gegen Krieg und Rechtsentwicklung, für israelisch-palästinensische Ver-

ständigung und für eine friedliche Regelung des Nahostkonfliktes. Die Stimmen der Demokraten und mit ihnen der Kommunisten sind nicht mehr zu überhören. Obwohl sie die Geschicke des Landes und die Regierungspolitik bisher nur in geringem Maße zu beeinflussen vermögen, sind sie zu einem innenpolitischen Faktor geworden, den die Machthaber nicht mehr ignorieren können.

Wie soll es im Nahen Osten weitergehen? Die Antwort im Friedensprogramm der kommunistischen Partei Israels, verabschiedet auf ihrem XX. Parteitag, ist auch in der Plattform der Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (CHADASCH) zu den Knessetwahlen 1988 enthalten: „Nein“ zu jedem neuen militärischen Abenteuer, „Nein“ zur Fortsetzung der Okkupation, „Ja“ zu einer internationalen Friedenskonferenz unter Schirmherrschaft der UNO, „Ja“ zum Palästina Staat und zu Verhandlungen mit der PLO.

Seit dem ersten Tag der Intifada, der Erhebung in den besetzten Gebieten, steht die KPI solidarisch an der Seite des palästinensischen Volkes. Sie gehörte zu den Initiatoren von Massendemonstrationen, Protestkundgebungen und Unterschriftensammlungen in Tel Aviv, Nazareth und anderen Städten des